

31.10.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Integrationsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2145

Förderlücke schließen: Ausbildung und Studium für Asylsuchende in andauernden Asylverfahren ermöglichen

Berichterstatlerin: Margret Voßeler-Deppe CDU

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/2145 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 31.10.2018/Ausgegeben: 07.11.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/2145 - wurde durch das Plenum am 21. März 2018 an den Integrationsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Wissenschaftsausschuss und an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses im Plenum stattfinden.

B Beratung

Der Integrationsausschuss hat den Antrag am 11. April 2018 (Ausschussprotokoll 17/232) erstmalig beraten und die Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen beschlossen.

Die Anhörung wurde unter nachrichtlicher Beteiligung des Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Wissenschaftsausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung am 18. Juni 2018 durchgeführt. Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Antrag zu nehmen. Der Verlauf ist im Ausschussprotokoll 17/312 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung wurden folgende Sachverständigen gehört:

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Diakonisches Werk Dortmund und Lünen, Dortmund Regionale Flüchtlingsberatung und Asylverfahrensberatung Svenja Lapp-Emden	17/668
IHK NRW, Düsseldorf Robert Schweizog	17/669
GGUA Flüchtlingshilfe e.V., Münster Claudius Voigt	17/671
Professor Dr. Hans Neuhoff, Bonn	17/672
Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen Cem Şentürk	17/673

In der Debatte der Sitzung vom 26. September 2018 führt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Beweggründen aus, dass sie mit dem Antrag die Integration von neu zugewanderten Menschen verbessern und Probleme sowie Lücken beheben wolle. Sie betont die Wichtigkeit, auch auf Bundesebene Lösungen zu finden und verweist auf die Möglichkeit der Härtefallregelung im SGB XII.

Die Fraktion der SPD fordert die Landesregierung auf, dringend tätig zu werden und die Versorgungslücke zu schließen.

Aus Sicht der Fraktion der FDP ist es unstrittig, dass eine Versorgungslücke besteht, eine Härtefallregelung widerspräche aber dem Bundesrecht und somit wäre mit einer Erlassregelung nicht geholfen.

Die Fraktion der CDU unterstreicht u.a. die Wichtigkeit einer bundeseinheitlichen Lösung.

Die Fraktion der AfD betont, die Versorgungslücke solle dringend geschlossen werden, dies sei jedoch nicht Aufgabe der Länder, sondern Aufgabe der Bundesgesetzgebung.

Die Landesregierung erklärt in der Debatte, dass es auch im Hinblick auf die Integration wesentlich sei, die Versorgungslücke im Asylbewerberleistungsgesetz zu schließen und führt zur obergerichtlicher Rechtsprechung in NRW aus.

Der federführende Integrationsausschuss hat die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung in der Sitzung am 26. September 2018 ausgewertet und in der Sitzung am 31. Oktober 2018 abschließend beraten und abgestimmt.

C Abstimmung

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Wissenschaftsausschuss und der Ausschuss für Schule und Bildung lehnen den Antrag ab.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/2145 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD, gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Margret Voßeler-Deppe
Vorsitzende